

KOMMENTAR

Liebe Leserin, lieber Leser,

Jeder merkt es: Am Ende des Monats ist immer weniger Geld im Portemonnaie. Die Miete steigt von Jahr zu Jahr. Die Lebensmittelpreise sind in die Höhe geschossen. Viele müssen ihre Heizung drosseln oder ganz auslassen, damit sie die nächste Abrechnung noch begleichen können. Die S- oder U-Bahn fällt wieder aus. Der Förderverein in der Schule bittet erneut um Spenden, weil der Senat den Haushaltsplan noch einmal gekürzt hat. Der nächste freie Termin beim Arzt ist erst in drei Monaten. Die Liste ließe sich noch lang fortsetzen.

Berlin steckt in der Krise. Die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbundenen Parteien bieten keine Perspektive, keine Hoffnung für die Zukunft. Sie schüren stattdessen Angst vor Russland und vor Migranten und bieten nur ein Rezept an: Aufrüstung und die weitreichende Militarisierung der Gesellschaft. Nach drei Jahren Flaute und wenig Aussicht auf wirtschaftliche Erholung erklären sie den Übergang zur Kriegswirtschaft zum Heilmittel für alle Übel. Alle Bereiche der Gesellschaft sollen „kriegstüchtig“ gemacht werden: Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsinfrastruktur, Arbeitsstätten – alles wird auf dieses Ziel ausgerichtet. Die für Rüstung und Militär vorgesehenen Ausgaben werden nun Jahr um Jahr massiv gesteigert. Wo soll das Geld dafür herkommen, wenn nicht über Schulden und durch Kürzungen bei sozialen, kulturellen und Bildungsausgaben?

Es reicht! Wir brauchen Geld für unsere Stadt anstatt Waffen für den Krieg. Nur mit Widerstand gegen die Militarisierung kann die Zerschlagung des Sozialstaats gestoppt werden. Als Deutsche Kommunistische Partei setzen wir uns ein für den Frieden und für gesicherte, auskömmliche Lebensgrundlagen für alle. Eine Stimme für unsere Partei bei der kommenden Abgeordnetenhauswahl ist ein Signal, das zeigt: Stopp! Unterstützen Sie uns, zum Beispiel mit ihrer Unterschrift, hierfür kontaktieren Sie einfach eine unserer DKP Gruppen in ihrer Nähe (auf Seite 4).

Landesvorstand DKP Berlin

ANZEIGE

UZ-Friedenstage
Berlin 2026 Franz-Mehring
Platz 1
28.-30.AUGUST 2026

**Unterstützt die UZ-Friedenstage
2026 mit dem Soli-Anstecker!**



Taube & Roter Stern
(Blau/Weiss/Rot)
Material: Metall,
Emailiert, ca.
18 mm.

Preis nach
deinen eigenen
Möglichkeiten:
5/10/15/20/25
/oder 50 Euro.

**Bestellen unter: uzshop.de
oder Tel.: 0201 17788925**

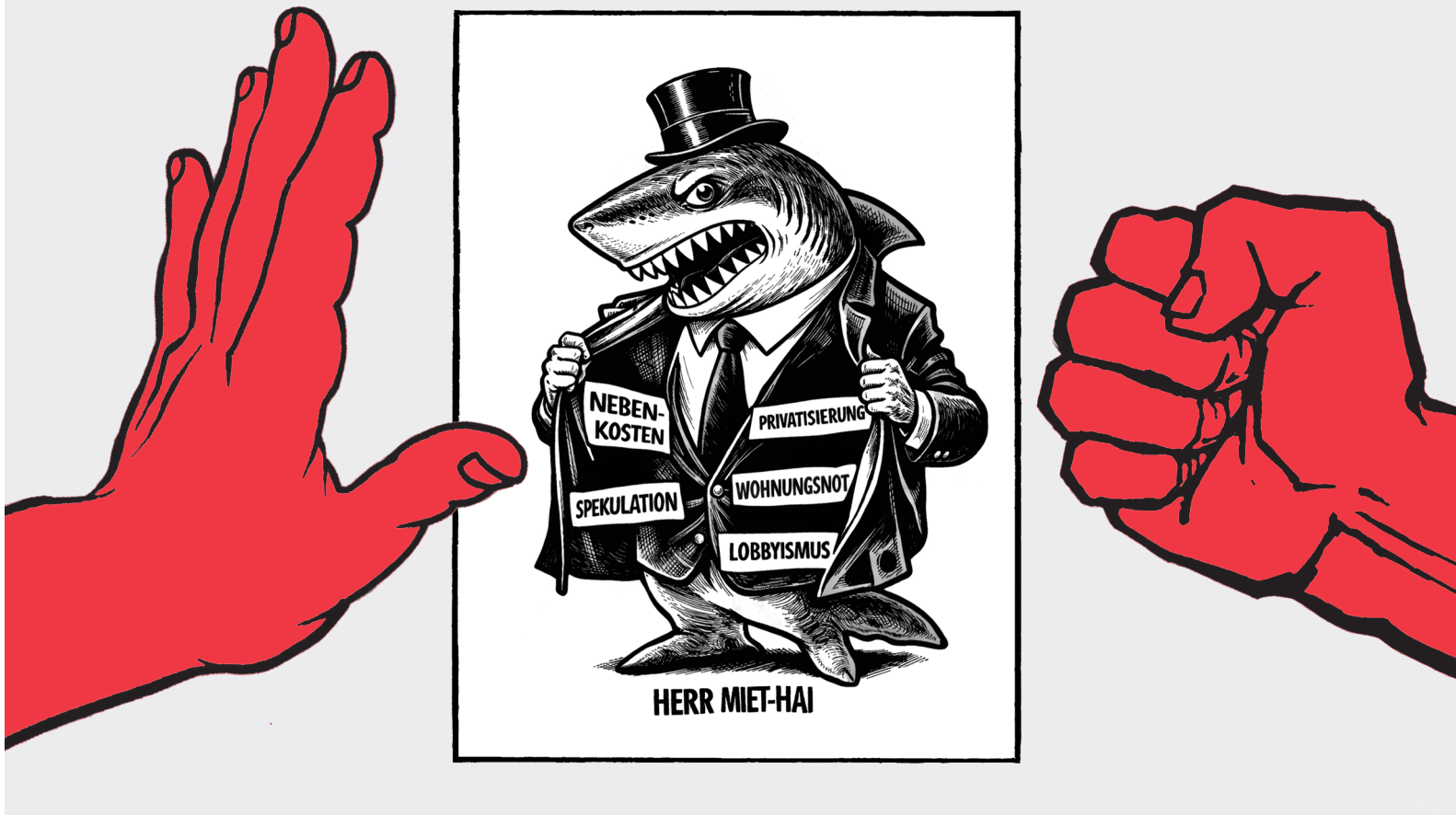


Foto: LD, DKP Berlin

WOHNEN IST MENSCHENRECHT

Wohnungsbau und Wohnungswesen gehören in kommunale Hand

Vom Christian Ulmer

Die Berliner Mieten steigen, der Trend ist ungebrochen. Immer mehr Haushalte aus der Arbeiterklasse haben Probleme, die Mieten zu bezahlen oder überhaupt eine angemessene Wohnung zu finden. Es gibt nicht genug Wohnungen und bezahlbaren Wohnraum noch weniger. Bereits jetzt leben in Berlin knapp 56.000 Wohnungslose. Der Senat rechnet damit, dass es bis 2030 86.000 sein werden. Für Wohnungsunternehmen herrschen paradiesische Zustände. Private, meist börsennotierte Konzerne dominieren immer mehr die Wohnungswirtschaft. Sie lassen ihre Bestände verkommen und erhöhen trotzdem Miete und Nebenkosten. Das ist politisch gewollt – verantwortlich sind die Berliner Regierungen der letzten Jahrzehnte. Auch dafür, dass die Zielmarken im Wohnungsbau immer haushoch verfehlt werden.

Eine wirkliche Kehrtwende lässt sich nur mit einer Politik erreichen, die mit den Profiteuren im Wohnungswesen bricht und die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis. Wohnungswesen und Wohnungsbau gehören daher in kommunale Hand.

Was die bürgerlichen Parteien wollen

AfD, FDP, CDU und SPD behaupten, die Lösung läge im Abbau von Bürokratie, um den Bau von mehr Wohnungen anzukurbeln und meinen vollkommen freie Hand für Immobilienkapitalisten. Sie setzen damit auf Konzepte aus der marktradikalen Mottenkiste und wollen eine noch extremere Variante der Politik der letzten Jahrzehnte. Private Bau- und Wohnungsunternehmen sind ausschließlich profitorientiert und lassen entweder Bürotürme oder Appartements im Hochpreissegment bauen.

Auch die Grünen, Die Linke, das BSW und Teile der SPD sehen in der privaten Wohnungswirtschaft kein grundsätzliches Problem, stellen aber im Wahlkampf die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften (WBG) in den Vordergrund und erheben die Forderung nach „mehr Sozialwohnungen“. Dabei folgen die WBG ebenfalls kapitalistischen Prinzipien. „Sozialwohnungen“ sind keineswegs billig, oft sogar in Privatbesitz, immer durch Steuergeld subventioniert, und ihre Preisdeckelung läuft schnell aus. Damit sind sie nicht „sozial“, sondern ebenso wie andere Wohnungen Spekulations- und Renditeobjekt. Grüne und Linke werben zudem mit der Kampagne „DW und Co. enteignen“, die allerdings lediglich Illusionen geweckt hat. Das Ziel der Kampagne klingt gut, aber Enteignungen gegen Geld sind keine Enteignungen, sondern Immobiliengeschäfte. Da ist kein prinzipieller Unterschied etwa zu den teuren Rückkäufen meist maroder Immobilienbestände durch das Land Berlin, die in den vergangenen Jahren immer mal wieder erfolgten. Irre Deals zulasten der Steuerzahler, also der Werktätigen, denn 2004 waren diese Wohnungen durch den Rot-Roten Senat zum Spottpreis verramscht worden.

36 Jahre kapitalistische Wohnungspolitik in Berlin

Noch in den 1990er Jahren gab es fast ausreichend viele Wohnungen, wofür in erster Linie die staatlich gelenkte Baupolitik vor allem der DDR gesorgt hatte. Nach ihrem Ende aber vertraten die Regierenden ausschließlich die Interessen der Immobilienwirtschaft und Spekulanten: Die Mietpreise sollten nicht auf niedrigem Niveau bleiben. Man schuf Mangel durch Abriss oder Mietanstieg durch billigen Verkauf, was Heuschrecken wie Deutsche Wohnen, Vonovia oder Heimstaden überhaupt erst entstehen ließ. Wohnraum wurde vom

Versorgungsmittel für die Bevölkerung zum Spekulations- und Renditeobjekt für Miethai-Unternehmen. Die Interessen der Mieter, die gar nicht mehr bedient werden, sind da lediglich Kostenfaktoren. Umso vorteilhafter ist es für den Vermieter, wenn die Mieter ausziehen: Denn dann kann die Wohnung teurer neu vermietet werden. Der Wohnungsmangel ist also ein Eckpfeiler für die Rendite mit der Miete.

Von Regierenden, die sich bei der Gestaltung der Wohnungspolitik von marktwirtschaftlichen Prinzipien leiten lassen, ist kein Bruch mit dem bisherigen System zu erwarten. Das Wohnungswesen muss wieder als Aufgabe der öffentlichen Hand behandelt und kommunal geplant werden. Das Recht auf Wohnen sowie das Verbot von Zwangsräumungen gehören gesetzlich verankert. Mietpreise müssen politisch gedeckelt und sollten auf 20% des verfügbaren Einkommens begrenzt werden. Dafür ist ein neuer kommunaler und sozialer Wohnungsbau im großen Maßstab notwendig. Vorbilder hierfür bieten die 1920er Jahre, in denen in Berlin zahlreiche Großsiedlungen mit guten und preiswerten Wohnungen gebaut wurden. Weitere Beispiele für eine an der Versorgung der Bevölkerung orientierten Wohnungspolitik bieten die DDR oder bis heute die Stadt Wien.

Das alles kostet Geld, das wir uns von den Wohnungskonzernen und Vermietergiganten zurückholen müssen. Eine Möglichkeit dazu böte die Hauszinssteuer, wie sie 1924 eingeführt wurde, das gigantische Sondervermögen, das quasi aus dem Nichts für Waffen und Aufrüstung beschossen wurde, eine andere. Würde es umgewidmet, wäre nicht nur genug Geld für (solch einen) kommunalen Wohnungsbau und eine soziale Mietpreisgestaltung vorhanden, sondern auch für weitere Sektoren des Grundbedarfs der Menschen, wie Gesundheitsversorgung, ÖPNV und ein gutes Bildungswesen.

Mord verjährt nicht!

Auf der Flucht vor politischer Repression und Gewalt in der Türkei kam Celalettin Kesim mit Frau und Kind 1973 nach Westberlin. Er arbeitete zunächst bei Borsig-Maschinenbau in Tegel, später als Berufsschullehrer. Celalettin war klassenbewusst in der TKP organisiert und arbeitete als überzeugter Internationalist in der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit. Als kämpferischer Gewerkschafter war er Mitglied in der IG Metall und GEW. Er übernahm das Amt des Sekretärs des „Türkenzentrums“ in der Neuköllner Schinkestraße, in welchem u.a. der Türkischen Deutschen Arbeiterverein ansässig war.

„Kommunisten warnen vor Militärputsch in der Türkei!“ Mit dieser Mahnung wandten sich Anfang des Jahres 1980 die Mitglieder des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins in Berlin mit einem Flugblatt an die türkische Diaspora in Kreuzberg. Die Befürchtung war, dass sich die politisch schwache Regierung der Türkei trotz immer weiterer Zugeständnisse an die rechten und islamistischen Kräfte sich nicht an der Macht halten könne.

Der Geheimdienst-Experte Schmidt-Eenboom schrieb später in seinem Buch „Schattenkriege“, dass in dieser Zeit die deutsche Regierung, konkret der BND es unterstützte, dass türkische Oppositionelle in der BRD und Westberlin von ihren politischen Feinden, d.h. türkischen Islamisten, Faschisten und dem türkischen Geheimdienst Millî İstihbarat Teşkilâtı (MIT) ins Visier genommen wurden. Er geht davon aus, dass "der Mord an Celalettin Kesim im Januar 1980 in Berlin im MIT-Auftrag (...) begangen worden" ist.

Celalettin Kesim wurde durch einen gezielten Messerstich in die Hauptschlagader am Oberschenkel tödlich verletzt. Die Tatwaffe, ein Schlachtermesser, das neben Ketten und Schlagstöcken von der jagenden Meute faschistischer Grauer Wölfe mitgeführt wurde, wäre in jedem anderen Fall Auslöser polizeilicher, rechtsstaatlicher Ermittlungen gewesen. Stattdessen aber setzte der Westberliner Senat den Türkischen Demokratischen Arbeiterverein unter Druck, indem man unter Androhung einer Geldstrafe von 1000 DM ihn dazu zwang, seine Mitgliederliste beim Staatsschutz einzureichen.

Celalettin Kesim war ein konsequenter Kämpfer für eine neue, für eine sozialistische Welt. Unser jährliches Gedenken an ihn am fünften Januar ist allen Opfern rechter Gewalt gewidmet und Aufruf zum Widerstand gegen Krieg und Faschismus.

Gruppe Neukölln u. Kreuzberg-Friedrichshain

Mit Sicherheit zu kalt - Berlins falsche Prioritäten

Mehr als 50.000 Menschen leben in Berlin ohne eigene Wohnung, ca. 6000 sogar ganz ohne Unterkunft auf der Straße. Gleichzeitig stellt das Land Berlin der Kältehilfe selbst in der Hochphase nur rund 1100 Notübernachtungsplätze zur Verfügung. Diese Zahl steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf. Viele Betroffene finden Nacht für Nacht keinen Platz – trotz Minusgraden und der bekannten Risiken von Erfrierungen, Krankheit und Tod. Statt diese Unterversorgung offensiv zu beheben, verhindert der CDU/SPD-Senat die Freigabe der Berliner Fern- und Nahverkehr als temporäre Schutzräume. Offiziell wird auf Sicherheits- und Hygienefragen verwiesen. Faktisch bedeutet diese Politik jedoch Verdrängung: Menschen werden

ohne eine reale Alternative von warmen, geschützten Räumen ferngehalten. Bahnhöfe bleiben beleuchtet und beheizt – aber nicht für diejenigen, die dort Schutz vor der Kälte brauchen.

Parallel dazu treibt der Senat eine Debatte über „Sicherheit an Bahnhöfen“ voran, mit dem öffentlichen Fokus auf Waffen- und Messerverbote, verstärkte Kontrollen und Polizeipräsenz. Das mag als Antwort auf einzelne Gewalttaten erscheinen, lenkt aber zugleich vom eigentlichen Problem ab: der massiven sozialen Not in dieser Stadt. Obdachlose Menschen werden mit dieser Debatte nicht als Opfer von Wohnungsnot und Armut wahrgenommen, sondern als Teil eines vermeintlichen Sicherheitsrisikos. Diese Verschiebung ist politisch gewollt. Wer über „notwendige

Ordnung“ spricht, kann bei explodierenden Mieten, fehlendem sozialen Wohnungsbau und jahrelangem Sozialkahlschlag reden. Bahnhöfe sollen „sauber“ und „sicher“ wirken – selbst wenn das bedeutet, dass bedürftige Menschen im Winter draußen frieren müssen. Dabei schläft natürlich niemand freiwillig bei Frost auf der Straße. Notwendig sind sofort deutlich mehr Kältehilfepunkte, die Öffnung öffentlicher Gebäude und Bahnhöfe als Schutzräume in Extremlagen und langfristig ein radikaler Kurswechsel in der Wohnungspolitik. Wohnen ist ein Grundrecht – soziale Sicherheit entsteht durch Solidarität, nicht durch Verdrängung und Polizei.

Betriebsgruppe Bahn



Foto-Montage: DKP Berlin

Alles verdächtig – Berlins neues Polizeigesetz

Im letzten Jahr haben wir nicht nur im Umgang mit der Palästina-Bewegung gesehen, wie die Rechtsstaatlichkeit durch den Staat ausgehebelt wird, sondern auch, wie zwei große Bundeswehrübungen - „Red Storm Bravo“ in Hamburg und „Bollwerk Bärin III“ in Berlin - den Kampf gegen Proteste und Aufruhr der Bevölkerung im Kriegsfall geprobt haben. Ende Dezember 2025 wurde dazu ein neues umfangreiches Polizeigesetz für Berlin beschlossen. Das Gesetz gibt der Polizei das Recht, öffentliche Orte dauerhaft zu überwachen. Videoaufnahmen werden zusammen mit Internetdaten nicht nur genutzt, um durch Künstliche Intelligenz (KI) Profile von vermeintlichen Verdächtigen zu erstellen, sondern auch zur kommerziellen Nutzung weitergegeben, um damit andere KI-en besser zu trainieren. Zum „Verdächtigen“ kann man erklärt werden, indem die KI das Bewegungs- und Ver-

haltensmuster als mutmaßlich suspekt einschätzt (wobei nicht klar ist, was genau die Parameter dafür sein sollen) oder einfach durch sogenannte „Kontaktschuld“ zu anderen Verdächtigen. Um weitere Daten erfassen und den Bürger besser überwachen zu können, darf die Polizei auch heimlich in Wohnungen eindringen und auf privaten Geräten Staatstrojaner installieren.

Diese krasse Verschärfung des Polizeigesetzes begründet u.a. der Senator für Stadtentwicklung Christian Gaebler (SPD) mit der Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und häuslicher Gewalt. Durch das neue Gesetz darf der BND nun anlasslos an Bahnhöfen kontrollieren und bekommt die Passagierdaten von Flügen aus Drittstaaten direkt übermittelt. Besonders in Berlin wird die Macht der Polizei immer weiter ausgebaut. Wegen des jährlich stei-

genden Personals sind die Kosten dafür zwischen 2010 und 2024 um 73% auf über 2 Mill. Euro gestiegen. Mit 723 Polizisten auf 100.000 Einwohner hat man einen höheren Schnitt erreicht als in London oder New York.

In Deutschland werden gerne mal durch „Demokratieschützer“ andere Staaten als autoritäre Terrorregime bezeichnet, wenn sie sich nicht der westlichen Dominanz unterordnen. Ebenfalls warnen sie vor der Verwandlung Deutschlands in so ein Regime, wenn die AfD an die Macht käme. Dabei vergessen sie: Ein Land wird nicht plötzlich autoritär, es entwickelt sich dorthin. Und diese Entwicklung wird deutschlandweit nicht nur durch die AfD, sondern maßgeblich durch die regierenden Parteien CDU, SPD, FDP und die Grünen vorangetrieben.

Gruppe Pankow



MARX ENGELS STIFTUNG

Auch 2026 viele Anstöße zum Denken und Handeln: marx-engels-stiftung.de



ROSA LUXEMBURG PREIS 2026

11.4.2026 13 UHR, BABYLON, BERLIN ROSA-LUXEMBURG-STR. 30 U-BHF. ROSA-LUXEMBURG-PLATZ

KUBA-KONFERENZ MIT ANSCHLIESSENDER VERLEIHUNG

ROSA-LUXEMBURG-PREIS 2026 GESTIFTET VON JUNGE WELT UND MELODIE & RHYTHMUS



PREISTRÄGERIN ALEIDA GUEVARA ÄRZTIN, POLITIKERIN, INTERNATIONALISTIN

junge Welt Melodie & Rhythmus



100 Jahre Heideruh www.100-jahre-heideruh.de

100 Jahre Antifaschismus! Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Jetzt Programmhefte mit unserem Jubiläumsprogramm bestellen!

www.heideruh.de | www.100-jahre-heideruh.de info@heideruh.de | 04181-8726 IBAN: DE10 4306 0967 1248 4145 00

Schließungslawine rollt

Das bundesweite Kliniksterben hat längst Berlin erreicht. Mitte Dezember wurde bekannt, dass die Schlossparkklinik Charlottenburg schließt. Einzelne Filetstücke gehen an den kirchlichen Klinikbetreiber „Alexianer“, was für einen Großteil der 800 Beschäftigten Jobverlust bedeutet, für die übrigen weniger betriebliches Mitspracherecht bei einem kirchlichen Träger. Nicht besser ergeht es der ähnlich großen Parkklinik Weißensee, die unter dem gleichen privaten Träger ebenso seit Herbst insolvent ist, weshalb dort ein Ausverkauf oder gar die Komplettschließung droht. Das Jüdische Krankenhaus meldete im Dezember seine Zahlungsunfähigkeit, doch eine Rettung ist nicht in Sicht. Über eine Sanierung plus öffentliche Unterstützung durch den Senat versucht man den Betrieb in Eigenregie des kleinen Trägers zu sichern. Aber das geschieht auf Kosten der Beschäftigten, wo es zuerst es die gerade erkämpften Entlassungsregelungen traf, die man bei der wirtschaftlichen Schiefelage sogleich auf Eis legte. Im Herbst 2026 wird die Weddinger DRK-Klinik Mitte schließen, ein paar ihrer Abteilungen will

das DRK an den Standort Westend verlagern. Allerdings schließt man dort aufgrund der „unrentablen Fallpauschalen“ nun die Kinderurologie und Kinderchirurgie – sind Kinder nicht profitabel genug, wickelt man speziellere Leistungen für sie ab. Im Notfall müssen chirurgische Eingriffe bei Kindern von der (erwachsenen) Allgemein- und Unfallchirurgie mitbehandelt werden. Bei all diesen Dingen stehen die Profite, nicht die Patienten im Vordergrund. Hier unterscheiden sich die landeseigenen oder freigemeinnützigen kaum von den privaten Kliniken. Eine traurige Ent-

wicklung: kleinere Kliniken sind von der Krise der Krankenhausfinanzierung besonders stark betroffen. Große Häuser sind klar im Vorteil, da sie sich durch hohe Fallzahlen und Gründung immer neuer Zentren aufwerten können. Die geplante Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft schafft durch falsche Anreize ein Überangebot an speziellen Leistungen und gleichzeitig Mangel an Strukturen der Grundversorgung. Viele Umbrüche stehen noch bevor, auch in Berlin.

Betriebsaktiv Gesundheit



Foto-Montage: DKP Berlin

Planlose Marktwirtschaft

In Johannisthal Süd gibt's nichts mehr zu kaufen – zumindest keine Lebensmittel mehr. Der REWE am Sterndamm 140, einziger Supermarkt im Kiez, machte im Juli 2025 dicht. ALDI wollte dort temporär einziehen, solange ihre Filiale in der Winckelmannstraße renoviert wird, doch passiert ist bisher nichts. Die fehlende Versorgung trifft vor allem Ältere. Um auf das Problem aufmerksam zu machen, lud die „Bürgerinitiative Johannisthal“ zum Gespräch. Das Interesse war groß: ungefähr hundert Anwohner kamen am 8. November 2025 ins Rathaus Johannisthal. Sie wollten Antworten von Politik und Wirtschaft, wann und wie die Versorgung sichergestellt wird. Doch vor Ort hatten die Bezirks-Baustadträtin Dr.

Claudia Leistner von den Grünen und Nils Busch-Petersen für den Handelsverband Berlin-Brandenburg keine Lösung parat. Letzterer benannte gleich zu Beginn das Problem: Man stoße an die Grenzen der Planungsmöglichkeiten in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft. Leistner sagte, man könne ALDI nicht zwingen, da ihnen das Grundstück gehöre, und wenig zu machen sei, wenn sie dort keinen Markt eröffnen. Wenn der Discounter aus dem Gebäude wieder auszieht, wolle man sich bemühen, den Standort für Einzelhandelsgeschäfte der Nahversorgung zu sichern. Diesen Nebel bietet nur unsere Marktwirtschaft. Eine Frau aus dem Publikum beschwert sich, dass es ALDI nicht um die Versorgung gehe, son-

dern nur um Wirtschaftlichkeit. Eine ältere Frau antwortet: „Was erwarten Sie von einem kapitalistischen Unternehmen?“ Am Ende resümiert ein Mann: „Alle haben ihr Bestes gegeben, aber seit einem halben Jahr haben die Leute in Johannisthal Süd keine Lösung!“. Es folgte lauter Applaus. Wie könnte es anders gehen? Teilnehmer im Raum erinnern an die DDR, denn da wurde so geplant, dass die nächste Kaufhalle in der Stadt maximal zehn Gehminuten entfernt liegt. Ein anderer Impuls verweist auf New York. Dort sollen kommunale Supermärkte entstehen – nicht profitorientierte. Hier und heute bleibt die Versorgung der Bevölkerung aber abhängig von Profiten, die ALDI sich in Johannisthal verspricht. Das sind die wahren Grenzen der „Planung in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft“.

Gruppe Treptow-Köpenick

Hereinspaziert! Herausmarschiert!

Einzelhändler schließen, Innenstädte veröden und Filialen großer Ketten reihen sich in den Hauptstraßen aneinander. Doch der Bezirk Mitte hat Versuche unternommen, das ehemalige Karstadt-Gebäude am Leopoldplatz im Wedding zu einem lebendigen Zentrum für den Kiez zu machen – mit Kultur, Sport und sozialen Einrichtungen. Die neuesten Überlegungen gehen jedoch in eine ganz andere Richtung. Nachdem Galeria Karstadt Kaufhof an der Müllerstraße jahrzehntelang ein Warenhaus betrieben hatte, übernahm nach dem Konkurs die Versicherungskammer Bayern das Gebäude. Unter Einbeziehung der Anwohner wurde 2022 und 2023 über die weitere Nutzung beraten. Mittlerweile befindet sich im Erdgeschoss ein Supermarkt. Weitere Initiativen zur Zwischennutzung, auch gemeinwohlorientierte, wurden bislang abgelehnt – laut Bezirk von der Eigentümerin. Doch für die Pläne der Bundeswehr zeigte sich der Konzern Ende 2025 plötzlich aufgeschlossen. „Einer möglichen Vermietung von Flächen aus unserem Portfolio zum Zwecke der Musterung von Wehrdienstleistenden stehen wir offen gegenüber“, so eine Sprecherin des Unternehmens gegenüber rbb24.

Laut rbb24 sollen deutschlandweit 24 neue Musterungszentren entstehen, darunter auch in Berlin. Bis zur Aussetzung der Wehrpflicht 2012 hießen die noch Kreiswehrrersatzämter. Der Name ist neu, das Resultat wird dasselbe sein: Dort wird über die Tauglichkeit junger Männer (und vielleicht Frauen) für den Dienst in einer imperialistischen Armee entschieden. Und dafür sind eben auch ehemalige Kaufhausflächen im Gespräch. Statt bestehende Infrastruktur zivil zu nutzen, wird also bei erster Gelegenheit deren militärische Nutzung ins Spiel gebracht. Das alles zum Zweck, wieder Kriege führen zu können – nicht zur Verteidigung, sondern für den Platz an der Sonne.

Die DKP wendet sich gegen die Mobilmachung der Bevölkerung für Kriege, die nicht in ihrem Interesse sind. Was die Scharfmacher und Kriegstreiber schwächt, dient dem Frieden – weltweit. Darum: Gegen das neue Wehrdienstgesetz, gegen jedes Musterungszentrum, gegen Waffenfabriken!

Gruppe Wedding

UZ-Reisen in die Volksrepublik China

Zerrbilder auf dem Prüfstand: Hinter die Kulissen blicken

Reisen eröffnet neue Blickwinkel, fordert eigene Überzeugungen heraus und macht Geschichte, Politik und Gesellschaft unmittelbar erlebbar. Mit unseren UZ-Reisen wollen wir genau dies möglich machen.

REISE 1: 18. 5. bis 30. 5. 2026

13 Tage, 10 Übernachtungen
Peking, Tianjin, Qingdao, Tai'an, Qufu, Nanking, Shanghai, Shenzhen, Hongkong
2.698 Euro im Doppelzimmer / EZ-Zuschlag 450 Euro

REISE 2: 20. 10. bis 6. 11. 2026

Teil 1: 20.10. bis 30.10.2026
11 Tage, 9 Übernachtungen (eigenständig buchbar)
Peking, Xian, Yan'an, Yinchuan, Lanzhou, Linxia, Xiahe, Xining
2.798 Euro im Doppelzimmer / EZ-Zuschlag 490 Euro

Teil 2: 30.10. bis 6.11.2026
7 Tage, 6 Übernachtungen (eigenständig buchbar)
Tibet
2.698 Euro im Doppelzimmer / EZ-Zuschlag 300 Euro

1. Teil + 2. Teil
18 Tage, 16 Übernachtungen
4.498 Euro im Doppelzimmer / EZ-Zuschlag 690 Euro

Leistungen: Flüge nach/von China, alle Transfers und Inlandstransporte, deutschsprachige lokale Guides, Eintrittsgelder, Übernachtung und Frühstück in Mittelklassehotels, Halbpension.

REISE 3: 11. 11. bis 25. 11. 2026

Teil 1: 11.11. bis 19.11.2026
9 Tage, 7 Übernachtungen (eigenständig buchbar)
Peking, Tianjin, Shanghai, Guangzhou
2.398 Euro im Doppelzimmer / EZ-Zuschlag 450 Euro

Teilnahme an Teil 1 und Weiterreise nach Xinjiang
15 Tage, 13 Übernachtungen
3.498 Euro im Doppelzimmer / EZ-Zuschlag 590 Euro

Ausführliche Reiseprogramme und weitere Informationen:
unsere-zeit.de/reisen/ | Mail: reisen@unsere-zeit.de

UZReisen China

SCHULSTREIK

GEGEN WEHRPFLICHT

NÄCHSTER STREIK TERMIN:
05. MÄRZ 2026

streikgegenwehrpflicht.ber

ANZEIGEN

VOLKSENTSCHEID 57,6 % UND NIX PASSIERT!

ENTEIGNEN, ABER RICHTIG!

DIE KRISE HEISST KAPITALISMUS!

DKP BERLIN



Foto: Rudi Denner

Der Abriss des Ostens

Geschichtsklitterung in der Architektur - weil nicht sein kann was nicht sein darf

Von Stefan Natke

Mit Geschichtsklitterung in der Architektur sind all die Dinge und Bauten gemeint, die an die Existenz der DDR erinnern und nach konterrevolutionären Geschichtsverständnis ausgemerzt gehören. Den früheren „Palast der Republik“ hat man unter großem Aufwand in nur 2 Jahren dem Erdboden gleich gemacht. Er beherbergte die Volkskammer, das Parlament der DDR und war Austragungsort für Kongresse, internationale Musik- und Filmfestivals und zahlreiche Kulturveranstaltungen. Heiraten konnte das Volk der Republik dort auch.

Das „Ahornblatt“, eine Großgaststätte in Blattform gebaut auf der Berliner Fischerinsel, war Ausdruck moderner Architektur in der Hauptstadt und wurde 2000 abgerissen, obwohl es unter Denkmalschutz stand. Andere Komplexbauten, wie z.B. das SEZ an der ehemaligen Leninallee, das in der DDR unter der Prämisse entstanden ist, dass Architektur dem Volk dienlich sein muss, werden solange dem Leerstand preisgegeben, bis der Abriss mit ihrem Verfall begründet werden kann. Arnold Schölzel nannte es treffenderweise „den Fortschritt ausradieren“ (s. UZ vom 12.12.2025).

Konsequente Eliminierung ist das Ansinnen des antikommunistischen Bildersturms, der seit dem Anschluss der DDR 1990 immer wieder zur Vernichtung moderner (weil sozialer), vor allem aber wichtiger Kulturbauten geführt hat.

Die Festlegung im Einigungsvertrag, dass „die kulturelle Substanz“ der DDR erhalten bleiben solle, ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht. Immer noch und immer wieder dient die Herkunft aus der DDR als hinreichendes Argument, wenn es heute darum geht, letzte sichtbare Erinnerungen an ein sozialeres System verschwinden zu lassen, auszuradieren, aus dem kollektiven Gedächtnis auszulöschen. Das bekannteste Beispiel architektonischer Ausradierung ist der „Palast der Republik“, inzwischen durch ein Gebäudemonster ersetzt: Drei Seiten Kopie des Hohenzollern-Schlusses, eine Betonfassade in Richtung Osten wie aus faschistischen Bauzeiten, an der Kuppel

ein biblisches Drohzitat gegen Nichtchristen, im Innern vor allem Raubkunst aus deutschen Kolonien – ein zur neuen Kriegstüchtigkeit passender Klotz.

Neueres Beispiel der systematischen Liquidierung von Symbolbauten stellt das SEZ, von dem so gut wie nichts stehen bleiben soll. In einer Petition gegen den Abriss von der Berliner Initiative „Gemeingut in BürgerInnenhand“ (GiB) ist über die Zeit nach 1990 zu lesen: „Nach dem Anschluss ließen die Berliner Bürgermeister Walter Momper und Eberhard Diepgen das SEZ



verfallen, und der Finanzsenator Thilo Sarrazin verschenkte es schließlich für einen Euro.“ Der mit dem SEZ beschenkte „Investor“ hatte weder Kapital noch Interesse. Erst im Jahr 2023 konnte der Senat die „Privatisierung“ beim Bundesgerichtshof rückgängig machen.

Die ehemals aus Volkseigentum erschaffenen Wohngebiete, wohl durchdacht, für Menschen, nicht für Profitmaximierung geplant, mit großzügig angelegten Grünanlagen und Möglichkeiten für Freizeit und Erholung, werden von baulicher Verdichtung heimgesucht, bei der Grünanlagen und Kinderspielplätze weichen

müssen. Beispiele dafür gibt es nicht nur in Pankow, wo östlich der Ossietzkystraße, mitten im Wohngebiet ein Kinderspielplatz vernichtet und über ein Dutzend alter Bäume gefällt werden sollen, weil die GESOBAU dort angeblich ein Flüchtlingsheim errichten will. Politisch wird damit in die Trickkiste gegriffen: Denn die Anwohner, die sich gegen diese bauliche Verdichtung und die Vernichtung der Grünanlagen wehren, können so sehr bequem als Gegner von Flüchtlingsunterkünften hingestellt werden. Auch in Marzahn, Hellersdorf, im Köpenicker Allende-Viertel und in Mitte wird auf das Brutalste verdichtet. Nähe Heinrich-Heine-Allee, wo früher entlang der Köpenicker Straße vor den Wohnblocks aus DDR-Zeiten viele Bäume standen, zum Zwecke des Lärmschutzes und der CO₂-Speicherung, wurden diese gefällt und an ihrer Stelle neue Betonblocks hochgezogen.

Wer kennt sie nicht, die Bilder aus dem Film „Good by Lenin“, in dem die Lenin-Statue des sowjetischen Bildhauers Nikolai Tolski, Präsident der Akademie der Künste der Sowjetunion, als Siegestrophäe am Lenin-Platz demontiert und ins Nirgendwo hin abtransportiert wird. Nach dem Abriss des Denkmals eines der größten kommunistischen Revolutionäre wurde der Platz mit dem traurig ironischen Namen „Platz der Vereinten Nationen“ bedacht. Die Nationen sind weder vereint, noch haben sie, wie wir aktuell wieder sehr deutlich merken, irgendeinen Einfluss auf die Geschehnisse dieser Welt. Da der Fernsehturm, welcher zwischen 1965 und 1969 in der Hauptstadt der DDR errichtet wurde und seit damals - auch gegen den Willen und zum Ärgernis der Revanchisten aus dem Westen - langsam zum Wahrzeichen Berlins emporgewachsen, nicht entfernt werden kann, soll nun die vom Turm charakteristisch geprägte Skyline Berlins verändert werden. Indem man eine neue Gruppe von Wolkenkratzern um ihn postiert, lenkt das wie von selbst die Aufmerksamkeit ab und ein „Neues Berlin“ kann seine langen Schatten am Berliner Himmel manifestieren. Ein deutlicheres Zeichen für den Wechsel des Charakters und der Funktion von Architektur vom Sozialismus zum Kapitalismus, hätte die Regierungstadt nicht setzen können – eben, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

DKP BERLIN GRUPPENTERMINE

BETRIEBGRUPPE BAHN
Termin: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat
Beginn: 17.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551
Kontakt: info-bgbahn-berlin@dkp.de

BETRIEBSAKTIV GESUNDHEIT
Termin: Jeden 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

FRIEDRICHSHAIN/KREUZBERG
Termin: Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat
Beginn: 19.30 Uhr
Ort: Cafe Commune, Reichenberger Straße 157, 10999 Berlin
Kontakt: fhkb@dkp.berlin

LICHTENBERG/MARZAHN-HELLERSDORF
Termin: Jeden 1. und 3. Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

NEUKÖLLN
Termin: Jeden 1. Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

PANKOW
Termin: Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 19:00 Uhr
Kontakt: dkp-pankow@berlin.de

SPANDAU
Termin: Jeden 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Lynarstr. 9, 13585 Berlin
Kontakt: dkp-spandau@gmx.de

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
Termin: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Leydicke, Mansteinstraße 4, 10783 Berlin

TREPTOW-KÖPENICK
Termin: Jeden letzten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Kontakt: treptow-koepenick@dkp-berlin.info

WEDDING
Termin: Jeden 2. und 4. Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff, Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin
Kontakt: info@dkp-wedding.de

DIESES PROJEKT WIRD ÜBER SPENDEN FINANZIERT:

Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das Konto der DKP Berlin:

Berliner Sparkasse
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
BIC: BELADEBE
VwZ: Anstoß

Der *Berliner Anstoß* erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion: Toni Püschel (V.i.S.d.P.), Tim Meier, Stefan Natke

Layout: Laurentiu Dragota

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag:
DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin

Öffnungszeiten: Freitag, 15:00 bis 18:00 Uhr

Telefonnummer: 030 29783132

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe:
20 000 im Raum Berlin

Druck: Union Druckerei
Berlin Verwaltung GmbH

DKP Berlin auf Social Media:

Mail: anstoss@dkp.berlin
www.berlin.dkp.de